

ANSTOß

Jan - Feb 2026

Zeitung der Linken
in der Region Saalfeld-Rudolstadt



Marmelade an der Gusche

Warum dieser Winter kein Beweis gegen den Klimawandel ist

Mehr als zwei Monate fast durchgehend Dauerfrost, wenig Sonne, Schnee, Glatteis, wieder Schnee. Winter eben. Was für die einen grau, öde und ein sprudelnder Quell von Demotivation, Fatigue und mentaler Überforderung ist, für andere die schönste Jahreszeit noch vor dem Zerfall aller Vegetation im November, ist für andere Anlass, ihre Klimahysterie zu kultivieren. Es ist erstaunlich, wie viel Kraft manche Leute aufwenden, um dem wissenschaftlich evidenten Konsens zu entgehen: Ja, es gibt den Klimawandel – und ja, wir sind schuld. „Aber der Winter, aber der Winter!“ Nicht nur sei dieser Winter „endlich mal wieder ein normaler Winter“ gewesen (warum eigentlich „endlich mal wieder?“), nein, Klimagläubige würden ja in jedem Wetter Beweise für den Klimawandel sehen.

Und wir können festhalten: genauso ist es!

„Aber der Winter war doch normal!“ Nein, war er nicht. Im Gegenteil. Wir hatten über zwei Monate fast durchgehend Dauerfrost, das ist auch für einen altdeutschen Winter nicht normal. Nicht normal ist, dass während dieser Zeit der Pegel der Ostsee um 67 Zentimeter gesunken ist, weil der beständige Ostwind über Wochen das Wasser durch Kattegat und Skagerrak nach draußen gepustet hat. Das gab es zuletzt im Jahr

1972. Nicht normal war, dass während die deutsche Ostseeküste wie zuletzt 1986 zugefroren ist, in Süddeutschland fast permanent zu hohe Temperaturen, in Italien, Frankreich und Spanien mithin Überflutungen auszuhalten waren. Das Prinzip dabei ist relativ einfach: blockierende Hochdruckwetterlage über Skandinavien oder/und Teilen Osteuropas über zwei Monate, irgendwo muss die Westwinddrift vom Atlantik mit der ganzen Feuchtigkeit im Gepäck lang, also beständig über West- und Südeuropa. Dass, während hierzulande „normaler“ Winter herrschte, in Island zu Heiligabend +20°C gemessen wurden, ist kein Ausdruck von Normalität.

Es ist Ausdruck von etwas, was Meteorolog:innen und Klimaforscher:innen strukturell sehr gut beschreiben, leider noch nicht vollständig evident nachweisen können (obwohl es hierbei meist um die Häufigkeit der Kopplung zwischen Arktis-Erwärmung und Jetstream-Ereignissen geht, nicht um den Prozess an sich *NerdAus). Die Arktis erwärmt sich viermal so schnell wie der Rest des Planeten. Der Temperaturunterschied zwischen Tropen und Arktis wird also geringer. Dieser Gradient (also das Maß der Unterschiedlichkeit) treibt die Westwinde um die Arktis an. Der Jetstream in der oberen Troposphäre ist so etwas wie der konzentrier-

te Westwind. Nördlich davon liegt die polare Kaltluft, südlich davon die warme Luft der Subtropen. Wird der Temperaturunterschied zwischen beiden Luftmassen kleiner, schwächt sich der Jetstream ab. In der Folge beginnt er zu mäandern, er verformt sich von einer natürlichen leichten Wellenbewegung zu einem verquastem Konstrukt aus Schlaufen, die weit nach Süden und Norden reichen. Innerhalb dieser Schlaufen wird warme Luft sehr weit nach Norden, kalte Luft sehr weit nach Süden gelenkt. Das hat zur Folge, dass wir nicht nur weit im Norden mit Wärmerekorden zu tun haben, sondern auch mit Kälterekorden weit im Süden. Obendrein sollte sich dieser Jetstream mit seinen Ausbuchtungen wellenförmig um den Pol bewegen. Dadurch, dass er langsamer wird, bleibt er aber häufiger fast stehen oder schnürt eine Schlaufe ab, die dann über lange Zeit vor sich hin persistiert (verweilt). Und so kommt es zu stehenden Wetterlagen. Zu lange ist in der Meteorologie grundsätzlich schlecht. Die Stabilität unserer Biosphäre ist darauf angewiesen, dass sich Dinge verändern. Der Klimawandel macht sie aber beständiger und die Übergänge extremer.

Wir unterscheiden deshalb Wetter und Klima. Von einem einzelnen Wetterereignis kann ich nie auf den Klimawandel schließen. Aber von einer Häufung von Wetterereignissen

schon. Klima ist etwas, was wir über 30 Jahre aufzeichnen. Wetter ist das, was stattfindet. Und so können wir festhalten: Es ist völlig unsinnig, von diesem einen Winter abzuleiten, es gäbe keinen Klimawandel. Der Umkehrschluss ist aber möglich und sogar methodisch zwingend: da wir so etwas häufiger sehen (messbar), die Theorie uns dies auch vorhersagt, passt dieses Extremereignis (und das war dieser Winter mit den genannten Rekorden) total ins Bild: nämlich dem eines menschengemachten Klimawandels. Und wem das noch nicht reicht, der sollte den Blick doch von der Region auf die Welt richten: Anfang März waren die globalen Oberflächentemperaturen der Ozeane auf zweithöchstem Niveau seit Beginn der Aufzeichnungen. Das dies derzeit so ist, obwohl wir kein laufendes El-Niño-Ereignis haben, ist geradezu alarmierend. Wenn man jetzt eine auf der Ostsee vielleicht noch treibende Eisscholle als globales Argument gegen den Klimawandel ausruft, muss sich das anfühlen wie damals als Kind, als man das Marmeladenglas runtergeschmissen hatte und felsenfest behauptet hat, man sei es „nicht gewesen“, obwohl die ganze Gusche noch mit Marmelade vollgeschmiert war.

Tom

Ausgezeichnet!

Bundesverdienstkreuz
am Bande
für **Frank Persike**

Es ist inzwischen schon ein paar Wintertage her, aber wir kamen hier im Anstoß noch nicht dazu, über dieses bemerkenswerte Ereignis zu berichten. Am 5. Dezember gab das Bundespräsidialamt neue Ordens-trägerinnen und Ordenträger des Bundesverdienstkreuzes bekannt. Darunter ein uns allen bekannter Name:

Am 12. Dezember wurde neben anderen Frank Persike aus Bad Blankenburg das Bundesverdienstkreuz am Bande durch

den Thüringer Ministerpräsidenten verliehen. Frank wurde u.a. für seine langjährige Tätigkeit im Dienste des Sports ausgezeichnet. Als Chef des Kreissportbundes Saale/Schwarza e.V. macht er sich für die Belange der hiesigen Sportvereine stark und fördert damit gesellschaftlichen Zusammenhalt und Kultur.

Wir gratulieren dir ganz herzlich, lieber Frank!

Red.



Mandys Arbeitsnachweis

Heute traf ich Mandy vor dem Reichstagsgebäude. Sie kam gerade von einem Treffen mit den Bundes-sprecher:innen der Freiwilligendienste (FSJ, FÖJ und BFD). Dann fiel uns beiden auf, dass gar keine Zuarbeit für den Anstoß von ihr da ist. Mandy hat also gar nichts gemacht? Eher im Gegenteil: sie ist dermaßen zugepfropft mit Netzwerken,

Anträge stellen, Ministerin befragen und im Bundestag und auf der Straße gegen die systematische Zerstörung der noch funktionierenden Ehrenamts- und Demokratieförderstrukturen zu kämpfen, dass gar keine Zeit war, die eigene Arbeit zu dokumentieren.

Das hat sie dann in tiefgreifender Recherche und Erstellung eines umfangreichen Portfolios nicht nachgeholt, sondern mir Schnipsel geschickt, die ich verwerfen könnte.

Die folgende Darstellung ist bei weitem nicht vollständig.

Zu allererst mal war gestern ein Fachgespräch zum Reformstau im Familienrecht, das sie mit eingefädelt hat. Da waren über 30 Leute aus 30 Verbänden da. Wir nennen sowas "positiven Lobbyismus", weil es nicht um Profit oder derartigen Unsinn geht. Wir treffen uns mit Verbänden der Zivilgesellschaft, mit Menschen, die was verbessern wollen. Diese Woche war Regierungsbefragung. Mandy hat Frau Bildungsministerin Prien die ehrliche Antwort "Nein." entlockt. Nein, Frau Ministerin kennt den Leitfaden der AfD nicht, mit dem diese "den Sumpf" kommunaler Zusammenarbeit mit Demokratieprojekten "austrocknen" will. Kennt sie also nicht. Findet das noch jemand problematisch?

Auch im Plenum war ein Antrag Mandys "Demokratie fördern statt behindern" (BTDr. 21/4455). Es geht um Einzelfallprüfungen und bürokratische Hürden ("Extremismusklausel"), die eine Atmosphäre der Angst und Unsicherheit bei ehrenamtlichen Projekten schaffen. Die Union will durch Verlagerung von Entscheidungen auf die kommunale Ebene der extremen Rechten ein Werkzeug in die Hand



geben, um unliebsame Projekte (zum Beispiel gegen Rassismus) gezielt zu verhindern.

Es ist bemerkenswert, wieviel Häme und Unsinn aus den Reihen der AfD als Zwischenrufe kamen. Plenarsitzungen sind nicht vergnügenssteuerpflichtig.

Themenwechsel: Elterngeld. Im Redaktionsnetzwerk Deutschland spricht Mandy über das Elterngeld-Postleit-

zahlen-Lotto. "Das Elterngeld ist für die meisten Familien kein Luxus, sondern die existenzielle Basis für die erste Zeit mit dem Kind. Dass Eltern je nach Wohnort monatelang auf ihre Zahlungen warten müssen, ist ein sozialpolitischer Offenbarungseid." (rnd).

Themensprung: Nazikonzerte. Die Bundespresse greift eine Kleine Anfrage von Mandy auf, in der sie herausfand, dass im vorigen Jahr 345 Nazi-Konzerte bundesweit stattfanden, über die die Polizei informiert war.

Themensprung: Militarisierung der Freiwilligendienste. Ebenfalls mit einer Anfrage hat es Mandy in die Bundespresse geschafft. Es ging darum, dass Freiwilligenverbände als Vorbereitung für den Zivildienst eingezogen werden sollen, falls eine allgemeine Wehrpflicht kommt. Diese bescheuerte Idee trägt nämlich ebenfalls die Ministerin Prien (die mit dem "Nein" zu ihrer Kenntnis, dass die AfD demokratiefeindliche Dinge tut).

Wäre hier mehr Platz, ginge es noch viel weiter. Danke, Mandy!

Tom (6. März)

Anstoß

Impressum

V.i.S.d.P.: Christin Ludwig • DIE LINKE. Kreisverband Saalfeld-Rudolstadt • Saalstraße 38 • 07318 Saalfeld
Tel.: 03671 515 488 • E-Mail: rgeschaeftsstelle@die-linke-saalfeld-rudolstadt.de • Bankverbindung: IBAN: DE67 8305 0303 0000 4500 22
Um Spende wird gebeten! Redaktionsschluss: 06.03.2026 • Die nächste Ausgabe erscheint demnächst. • Zuarbeiten, Beiträge und Termine bitte in der Geschäftsstelle abgeben oder an die Redaktion per Mail senden. • Namentlich unterzeichnete Beiträge stellen die Meinung des Autors dar und sind keine redaktionellen Meinungsäußerungen. Es besteht kein Recht auf Veröffentlichung unaufgefordert zugesandter Beiträge. Die Redaktion behält sich das Recht vor, Beiträge sinngemäß zu kürzen.



Hinweis: Sollten Sie dieses Heft unerwartet in Ihrem Briefkasten gefunden haben und weiterhin am Empfang folgender Hefte interessiert sein, rufen Sie unsere Kreis-Geschäftsstelle an oder lesen Sie künftig online auf unserer Homepage!

Besuch Iran-Demo in München und zur Situation im Land*

Die Bayrische Schutzpatronin Bavaria blickt seit 1850 auf die Theresienwiese und hat schon einiges gesehen. Der 14. Februar 2026 hielt dennoch eine Überraschung für sie bereit.

Auf dem Platz versammelten sich 250.000 Menschen zu einer Solidaritätskundgebung für den Iran und gegen das Terrorregime der Mullahs. Es war die größte Demo für Freiheit im Iran, die es je gab in Deutschland. Zehntausende Menschen gingen an diesem Wochenende in London, Los Angeles, New York, Vancouver und Sidney auf die Straßen. In Toronto trafen sich sogar 350.000 Menschen zur Unterstützung der iranischen Protestbewegung.

Angeregt durch die Ereignisse um die Ermordung von Jina Mahsa Amini im Spätsommer 2022 und die Eindrücke meiner Teilnahme an der Berlin-Demo "Solidarität mit den Protestierenden im Iran" vom 19. Oktober 2022, entschied ich mich zur Teilnahme in München. Zeitgleich fand in München die Sicherheitskonferenz statt.

So ging es früh los mit dem ersten Zug des Franken-Express nach Nürnberg. In Nürnberg hieß es umsteigen in den München-Nürnberg-Express. Spätestens jetzt zeigte sich, dass sich in München viele Menschen versammeln werden. Der Zug musste vor Abfahrt von der Bundespolizei, aus Sicherheitsgründen, teilweise geräumt werden, da zu viele Reisende die Übergänge zwischen den Waggons blockierten. Glücklicherweise ergatterte ich einen Sitzplatz. Die Räumung verlief übrigens friedlich und ohne Murren, obwohl die Menschen wie eingepferchte Heringe in der Dose standen. Dieses kulturvolle Miteinander

und Verständnis für die Situation sollten sich bis Ende der Veranstaltung aufrechterhalten.

Die Protestdemonstration in München fand nicht nur während der dortigen Sicherheitskonferenz statt. Das Mullah-Regime feierte in dieser Woche den 47. Jahrestag der Islamischen Republik und schickte seine Anhänger in Teheran auf die Straße. Das reichte den Mullahs noch nicht, denn im Vorfeld suchten ihre Schergen Verwandte von Inhaftierten auf, um sie zur Teilnahme an der Demo für den Islamischen Staat aufzufordern. Die Verwandten sollten hierbei mit Fotos bzw. Handyvideos ihre Teilnahmen dokumentieren. Aus diesen Nachweisen der Teilnahme sollten sich die Angehörigen Begünstigungen für ihre Lieben im Gefängnis erhoffen. Unausgesprochen blieb natürlich die Bedrohung bei einer Nichtteilnahme. Zu welchen Taten das Regime fähig ist, belegte die Abschachtung von über 40.000 Menschen binnen 48 Stunden im Iran, als die Proteste landesweit die Menschen auf die Straßen trieben. Den Menschen verweigerte man die Herausgabe der toten Familienangehörigen. Da wo es gelang, sollten die Angehörigen bestätigen, dass die Ermordeten an Krankheiten wie Herzinfarkt verschieden seien. Zudem wurden für die Herausgabe der Toten horrendes Geld an Gebühren berechnet. Den Terror des Regimes erlebten die Iraner auch in ihren Kranken-

häusern. Ärzte wurden bedroht und angewiesen, Patienten mit typischen Verletzungen wie Schusswunden durch Schrott oder automatischen Waffen, abzuweisen. Diese Patienten galten als Verräter gegen Gott. Die Revolutionsgarden drangen selbst in Krankenhäuser ein, um Patienten zu exekutieren. In einer Teheraner Augenklinik wurden in einer Nacht ca. 6.000 Fälle von hilfessuchenden Patienten bekannt. In den Kliniken wurde nach Triage behandelt. Diesen kleinen Auszug des Terrors muss man kennen, um Dinge zu verstehen die für einen Linken verstörend wirken könnten.

Ich meine die Hoffnung auf ein militärisches Eingreifen durch die USA und Israel.

Keine Verhandlungen mit Terroristen und Rufe nach King Reza Pahlavi waren in München wiederholt zu hören. Reza Pahlavi ist der Sohn des 1979 gestürzten Schahs und lebt heute in den USA. Er gilt vielen Iranern als Hoffnungsträger. Man will kein Atomabkommen und damit eine Weiterexistenz des Mullah-Regimes. Pahlavi soll die Macht übernehmen und das Land zu demokratischen Wahlen überführen. Trumps militärischer Angriff wird herbeigesehnt, da die Iraner es nicht schaffen, von innen das Regime zu stürzen. Die Zigttausenden Toten vom Januar sind Beleg. Ich war mit einer iranischen Insiderin unterwegs und diese berichtete im Januar von einem Kontakt zu einer Freundin

im Iran, die abends ihr Auto vor ihrem Heim nur mühsam einparken konnte. Grund für das mühsame Einparken war die Lagerung gefüllter Leichensäcke in ihrer Straße!

Auf Trump oder Netanjah zu bauen tut mir in der Seele weh, da das Ergebnis eines Militärschlags wohl kein wirklicher Vorteil für Irans Bevölkerung sein wird. Schlimmer als im Mullah-Regime kann das Leben aber nicht werden und deshalb erhofft sich ein Volk Krieg gegen sein Regime. Wie es nach einer möglichen Bombardierung weitergehen könnte bleibt ungewiss. Einen Generalplan gibt es nicht. Groß ist die Verzweiflung.

Einige Demonstranten trugen Schilder mit den Buchstaben MIGA „Make Iran greate again“. Das ist auch keine zukunftsweisende Illusion. Trump als Vorbild? MIGA würde wohl nicht zur Befriedung in der Region beitragen.

Interessant ist die Geschichte zur Geburt der iranischen Revolution.

Die Linken, die eine kommunistische Ideologie vertraten, waren gegen das monarchische System. Ein anderer Teil der Opposition bestand aus Geistlichen, an deren Spitze Khomeini stand. Sie waren gegen die Reformen im Land, gegen die Frauenfreiheit, gegen die Abschwächung der Rolle des Klerus und gegen die Westorientierung.

Ruhollah Khomeini wurde in den Irak ins Exil geschickt und ging von dort nach Frankreich. Westliche Länder, darunter die Vereinigten Staaten, Vereinigtes Königreich und Frankreich, die ihre Interessen in einem Regimewechsel des Schahs sahen, unterstützten ihn.



Foto: Sven



Khomeini führte mit – wie behauptet wird – falschen Versprechungen alle Oppositionellen an und sagte, dass er nach dem Sieg der Revolution keine Rolle einer Regierung übernehmen wolle. Nach dem Sieg ließ er jedoch andere oppositionelle Gruppen, insbesondere linke Kräfte, hinrichten oder inhaftieren.

Menschenrechtsverletzungen fanden auch zur Zeit des Schahs statt, zwar nicht im Ausmaß wie im Mullah-Regime, dennoch blutig. Der Schah führte aber auch ein kostenloses Bildungssystem ein. In den Schulen gab es kostenlose Milch und Obst für Kinder. Das Gesundheitssystem war für alle zugänglich. Kinder wurden in den Schulen geimpft. Für die Region im Nahen Osten war der Iran sehr fortschrittlich. Die soziale Ungleichheit nährte aber das Aufbegehren gegen den Schah.

Die Iraner kennen die Zeit vor dem Mullah-Regime und ziehen den Vergleich zum Islamischen Staat. Daraus resultiert die, wie ich finde verklärende, Sehnsucht nach Reza Pahlavi als möglichem Führer nach einem Sturz der Mullahs. Die inländische Opposition sitzt im Gefängnis, wird ermordet und konnte keine großen Führungsfiguren aufbauen. Reza Pahlavi ist der große Hoffnungsträger. Er sprach in München zu den Demonstranten, forderte ein militärisches Eingreifen durch die USA und warb für sich als Anführer.

Im Januar rief er aus den USA seine Landsleute zu Demonstrationen im Iran auf, nachdem in Teheran die Händler wegen des Zerfalls der iranischen Währung auf die Straße gingen. Die Händler von den Basaren wa-

ren eigentlich unpolitisch und richteten sich im Mullah-Regime ein. Ihr Aufbegehren ließ die Glut der Opposition wieder aufblitzen, die nach dem blutigen Niederschlagen im Kampf um die Frauenrechte noch heiß war. Pahlavis Aufruf folgten Hunderttausende mit den bekannten Massenmorden durch Mullahs Schergen. Es heißt, Reza Pahlavi wollte testen, inwieweit die Iraner hinter ihm stehen. Ich finde, ein Test zu einem sehr hohen Preis! US-Präsident Trump ließ verlauten, Hilfe für die Iraner sei unterwegs. Hilfe kam aber nicht. In den heutigen Verhandlungen zwischen USA und Trump spielen Menschenrechte keine Rolle. In München sprach auch US-Senator Lindsay Graham und rief den begeisterten Demonstranten zu: „Hoffnung ist unterwegs“. Meint er das zusammengezogene Militär im Persischen Golf? Wo bleibt ein Konzept von Reza Pahlavi? Er verspricht zwar die Iraner bis zu freien Wahlen führen zu wollen, aber mehr Aussagen gab es nicht. Bezüglich der Führung im Iran ist die Opposition gespalten. Wie wäre es mit einem runden Tisch, ähnlich der scheidenden DDR? Natürlich ein Tisch ohne die Mullahs und ihre Revolutionsgarden. Ich finde die sich gegenüberstehende Opposition sollte sich schon jetzt austauschen.

Im Vergleich zur Berlin-Demo 2022 vermisste ich das Bild von Jina Mahsa Amini, die junge kurdische Frau, die wegen eines verschobenen Kopftuchs totgeschlagen wurde. Es wurde auch nicht die damalige Hymne der Proteste „Baraye“ gespielt. Der Song entstand als Reaktion auf die Proteste nach dem Tod von Mahsa Amini. Ich konnte auch nur eine junge deutsche Frau mit einem Schild „Frau Leben, Freiheit“ entdecken. Stattdessen wurde Reza Pahlavi gepriesen. Diese Entwicklung finde ich schade. Die Banner in Berlin 2022 waren inhaltsvoller. Gesichter der Toten vom

Januar wurden aber gezeigt. Im Verhältnis zu Bildnissen des Königssohns und ihrer Vielzahl aber unterpräsentiert. Es gibt viele Exil-Iraner, die aufgrund der Rufe nach einem neuen Monarchen nicht an den aktuellen Demos teilnehmen. Rufe nach einem neuen Monarchen, obwohl der Hoffnungsträger keine neue Monarchie anstrebt.

Meine iranische Begleitung teilte mir folgendes mit. „Als Iranerin, die die Politik Irans seit ihrer Kindheit verfolgt, sehe ich die Menschen im Iran heute hoffnungsvoller auf einen Wandel des Regimes, geeinter und geschlossener als je zuvor. Das lässt sich an der großen Zahl der Teilnehmer bei den Demonstrationen erkennen. Die Zahl derjenigen, die in diesem Jahr an den Demonstrationen teilgenommen haben – sowohl im Iran als auch im Ausland – war in den letzten 47 Jahren beispiellos. Trennung von Religion und Politik. Die Menschen wollen eine säkulare Regierung. Eine nicht-religiöse Regierung im Iran könnte für die Welt und den Nahen Osten ein Vorteil sein.“

Es wird spannend sein, wie sich die Entwicklung weiterführt. Die Iraner sind nicht Feind der Israelis. Bei einem Regimewechsel würde die Unterstützung von Hamas, Hisbollah und den Schiitischen Milizen entfallen und damit die Region mehr befrieden. Die Religion Islam würde nicht missbraucht werden. Im Iran könnten die ernsthaften Umweltprobleme angegangen werden. In der 40 Millionen-Stadt Teheran gibt es Smog. Wasser und Strom fallen zeitweise aus. Im Landesinneren verwüsten landwirtschaftlich genutzte Gebiete. Es bedarf einer Umweltpolitik. Auch die Afghanen wünschen sich auch einen Sturz des Mullah-Regimes, denn sie erhoffen sich hiervon eine Schwächung der Taliban.

Einen Vorschlag zum Weg für den Sturz zum Regimewechsel habe ich nicht. Da fühle ich mich

überfordert. Michel Friedmann, ehemaliger stellvertretender Vorsitzender des Zentralrates der Juden in Deutschland und Publizist sprach ebenfalls auf der Demo. Er forderte die Schließung aller Botschaften im Iran nach den Massentötungen im Januar. Das heißt also keine Gespräche. Wäre das eine Lösung?

Die Revolutionsgarden wurden durch die EU jetzt auf die Terrorliste gesetzt und Bundeskanzler Friedrich Merz sagte, das Regime sei am Ende. Eine Woche vor der München-Demo sprach der ehemalige Kanzleramtsminister Peter Altmaier (CDU) zu den Demonstranten einer Iran-Demo in Berlin. Diese Entwicklung ist neu, denn Rufe nach Listung der Revolutionsgarden auf die Terrorliste und deren finanzieller Austrocknung gab es schon vor Jahren. Man versteckte sich aber hinter fehlender Einigkeit in der EU. Auch die damalige Außenministerin Annalena Baerbock blieb mit ihrer Feministischen Außenpolitik eine Enttäuschung. Lukrative Geschäfte sind wichtiger. Das waren vertane Chancen dem Mullah-Regime zu entgegnen und damit den Menschen im Iran zu helfen. Jetzt hoffen die Iraner auf Militär und einen Königssohn, von dem man nicht weiß, aber er das Land in demokratische Wahlen überführen kann und ob die Iraner selbst ihren Weg beschreiten können – ohne ausländische Einflussnahme. Freie Entwicklung ohne ausländische Einflussnahme? Ein vielleicht zu frommer und naiver Wunsch.

Sven Kurzhauer

*Anm. d. Red.:

Dieser Text wurde uns vor dem Angriff der USA und Israels auf Iran zugesandt.

Die Stolp im Lan Saalfeld-

Verweilen - Erinnern

HIER WOHNTE
HELENE FRIEDMANN
JG. 1898
FLUCHT 1938
SÜDAFRIKA
ÜBERLEBT

HIER WOHNTE
SIEGFRIED
FRIEDMANN
JG. 1889
DEPORTIERT 1944
AUSCHWITZ
ÜBERLEBT

HIER WOHNTE
HILDEGARD
FRIEDMANN
GEB. KROHN
JG. 1918
FLUCHT 1938
SÜDAFRIKA
ÜBERLEBT

HIER WOHNTE
MAX FRIEDMANN
JG. 1901
DEPORTIERT 1944
ERMORDET IN
AUSCHWITZ

HIER WOHNTE
KARL FRIEDMANN
JG. 1903
FLUCHT 1938
SÜDAFRIKA
ÜBERLEBT

HIER WOHNTE
ROSA FRIEDMANN
JG. 1883
DEPORTIERT 1942
GHETTO BELZYCE
ERMORDET

HIER WOHNTE
ELSE FRIEDMANN
JG. 1892
FLUCHT 1939
USA
ÜBERLEBT

JAN RYSZCZYK
UR. 1912 WR.
KLESNICKA
POLEN
19.12.1941

WŁADYSŁAW
MONARCHA
UR. 1917, WR.
KÖNIGSHOF
PROVINZ POSEN
19.12.1941

FRANCISZEK
OWCZAREK
UR. 1908 WR.
PRASZKA
POLEN
19.12.1941

STEFAN MEDWID
UR. 1924 WR.
GLADYSZÓW
POLEN
19.12.1941

JÓZEF GOŹDZIK
UR. 1919 WR.
ŻÓŁKIEWKA
POLEN
19.12.1941

MICHAEL KUBLIN
UR. 1916 WR.
BIELITZ
ÖSTERREICH - SCHLESSEN
19.12.1941

Denkmalsteine Rudolstadt

Gedenken - Mahnen

HIER WOHNTE
MAX HENSCHEL
JG. 1892
VERHAFTET
BUCHENWALD
DEPORTIERT 1945
THERESIENSTADT
BENUTZT / ÜBERLEBT

HIER WOHNTE
OTTO 'HANDIT'
SEEBER
JG. 1900
DENUNZIERT
VERHAFTET 1941
BUCHENWALD
ERMORDET 22.8.1941

IN RUDOLSTADT - VOLKSTEDT
WOHNTE
WERNER JOHN
JG. 1907
IM WIDERSTAND / KPD
'SCHUTZHAFT' 6.11.1938
KZ BUCHENWALD
STRAF BATAILLON 999
TOT 1942

HIER WOHNTE
FANNY KATZ
GEB. MAYER
JG. 1876
DEPORTIERT 1942
ERMORDET 1943 IN
THERESIENSTADT

HIER WOHNTE
LEOPOLD KATZ
JG. 1874
DEPORTIERT 1942
ERMORDET 1942 IN
THERESIENSTADT

HIER WOHNTE
ROSA HOLLÄNDER
GEB. KATZ
JG. 1911
VERHAFTET 1938
ERMORDET 1939

ANTONI LUCKI
UR. 1911 WR.
PRASZKA
POLEN
19.12.1941

WŁADYSŁAW
KUŚMIERCZYK
UR. 1918 WR.
JANÓW LUBELSKI
POLEN
19.12.1941

ANDRZEJ KAPROŃ
UR. 1914 WR.
ZOFIANKA - GÓRNA
POLEN
19.12.1941

JOHANN SLADEK
UR. 1917 WR.
CHEMNITZ
DEUTSCHLAND
19.12.1941

IWAN SOKOŁOWSKI
UR. 1915 WR.
BOBRUJSK
WEISSRUSSLAND
19.12.1941

ANTON TRZCINA
UR. 1919 WR.
LIPNIK, WIELUŃ
POLEN
19.12.1941

Saalfelder Stadtrat

Dezember

Die Dezembersitzung ließ einen ruhigen Jahresausklang erwarten. So waren es eher formale Dinge, die entschieden wurden, wie unter anderem die Feststellung der geprüften Jahresrechnung der Stadt Saalfeld 2025 und die Entlastung des Bürgermeisters und der 1. Beigeordneten für das Haushaltsjahr 2024. Weiterhin mussten Vorgriffe auf den Haushalt 2026 beschlossen werden, um deren Durchführung rechtlich sicherzustellen. Dazu zählten die Auszahlung des Jahreszuschusses für den Kulturbetrieb Saalfeld/Meininger Hof und die Durchführung der Gestellung und Abfuhr von Containern für die Entsorgung von diversen Abfällen. Diese Beschlüsse sind nötig, da noch kein Haushalt für 2026 beschlossen wurde.

Für den Bürger interessanter war der Beschluss der Zuweisung Klimapakt mit Kommunen. Hierbei steht der Stadt eine Summe zur Verfügung, die sie frei ausgeben kann für klimaschützende Maßnahmen. Die Förderregeln sind hierbei weit aufgespannt, so dass die Ausgaben für verschiedenste Projekte möglich sind.

Deshalb rief die Stadt die Bürger auf, Vorschläge einzureichen. Während es im Vorjahr kaum Vorschläge gab, war das Interesse 2025 größer. Aus den Vorschlägen wurden von der Verwaltung die nachfolgenden Maßnahmen vorgeschlagen. Gute Vorschläge die es nicht geschafft haben oder die nicht förderfähig sind, sollen teilweise in den Haushalt 2026 übernommen werden.

Die AfD stimmte dagegen, da sie Klimaschutz als hinderlich für Deutschland ansieht und – ihrer Logik folgend – alle Gelder für Klimaschutz als sinnlos ansieht. Das damit der Stadt Saalfeld 190.000 EUR verloren gehen, ist der AfD durchaus bewusst! Die Rechtsaußenpartei ist generell gegen Klimaschutz und stimmt konsequent dagegen, unabhängig vom Inhalt der Beschlüsse.

Zitat Frau Sigmund, Fraktionschefin: „Wir stimmen dagegen und ihr stimmt doch sowieso dafür.“ Man weiß: der Stadtrat wird zustimmen und feiert sich, da alle gegen AfD. Verantwortung für die Stadt? Fehlzanzeige!

Die Rede von Frau Sigmund kam unerwartet. In den vorberatenden Ausschüssen hat sich die AfD enthalten und nur sachgerechte Fragen gestellt. Das macht die Partei in Saalfeld bisher immer so. Keine Debatte in den Ausschüssen, sondern vorgelesene Erklärungen im Stadtrat.

Am Mittwoch ging niemand auf den AfD-Redebeitrag ein. Steffen Lutz (SPD/Grüne) äußerte nur den einen Satz, um anschließend seine Sachfrage zum Beschluss zu stellen. Es ist also niemand über das Stöckchen gesprochen. Möglicherweise lag es an der letzten Sitzung im Jahr und der anschließenden Weihnachtsfeier vom Stadtrat (durch Einbehaltung von Sitzungsgeldern selbst von den Stadträten finanziert). Da gibt es traditionell im Dezember etwas Zurückhaltung.

Folgende Gelder wurden beschlossen:

- E-Ladeinfrastrukturen 65.000 €
- Photovoltaik Webcam 10.000 €
- E-Bikes 5.000 €
- E-KFZ Transporter Bergfried 45.000 €
- Verschattung Glasfassade Markt 6 6.000 €
- Museum Beleuchtung Umrüstung auf LED 55.000 €
- Pflanzung Platanen 4.026 €

Als die AfD-Fraktion im Oktober den Zuschuss für das Frauenzentrum kürzen wollte (siehe Anstoß 25/11 S. 4) und dies mit dem schwierigen Saalfelder Haushalt begründete, habe ich deren Interesse am Saalfel-

der Haushalt „gelobt“ und ihr ihre Ablehnung der Umsetzung Kommunalen Wärmeplanung vorgehalten. Auch hier wäre bei Stadtratsablehnung Saalfeld finanzieller Schaden entstanden, da Verstoß gegen Bundesgesetz (siehe Oktober Anstoß). Die Reaktion von Herrn Häußler: „Auch wenn das Geld für die Wärmeplanung komplett vom Land übernommen wird, sind es Steuergelder.“ Entweder zahlt das Land oder die Stadt. Steuergelder würden bei Ablehnung nicht gespart werden. Offensichtlich ist ihm nicht bewusst, wie die Stadt sich finanziert (Steuern und Gebühren). Leider müssen wir mit unseren Steuergeldern solche „Fachleute“ im Landtag finanzieren. Das ist eben Demokratie, die man aushalten muss und der feine Unterschied zu einer Partei, die den Bundesgesetzgeber nicht akzeptiert.

Bei der anstehenden Landratswahl sollten wir hier ansetzen und den AfD-Kandidaten entsprechend konfrontieren und Fragen stellen., die auf die Achtung von Gesetzen und damit der Demokratie abzielen. Im Saalfelder Stadtrat gibt es mit dem Abstimmungsverhalten der AfD zur Kommunalen Wärmeplanung und Vergabeaufträgen wie z.B. zum Beulwitzer Werkhaus klare Beispiele der Missachtung von gesetzlichen Regelungen.

Kurz zusammengefasst: Macht für die AfD heißt auf dem Weg zu einer Diktatur. Gregor Gysi hatte es einmal treffend formuliert „Wählen Sie bitte eine Partei, die sie auch wieder abwählen können“. Da steckt viel Wahrheit drin.

Übrigens hat sich (Stand Dezember) die AfD bisher nicht in den sozialen Medien für ihre Ablehnung zur Zuweisung aus dem Klimapakt feiern lassen. Vielleicht ist man schon in den Feiertagen oder möchte nicht offen aushängen, wie man 190.000 EUR für die Stadt einfach in den Wind schreibt.

Sven Kurzhauer



Saalfelder Stadtrat

Januar

Wenig Spektakuläres hielt die erste Saalfelder Stadtratssitzung im jungen Jahr 2026 für die Stadträte und Besucher bereit. Trotzdem wurde zu Beginn und Ende jeweils heftig diskutiert. Nach den Informationen des Bürgermeisters gab es Informationen zur Implementierung des Energiemanagementsystems durch Energiemanager Anatolii Bessmertnykh. Hierbei wurde die Vorgehensweise der Untersuchung städtischer Einrichtungen vorgestellt, um Potentiale zur Generierung von Energieeinsparungen zu erschließen. Die Zielstellung liegt hierbei in der Reduzierung des Energieverbrauchs um bis zu 20 Prozent.

Nächster Tagesordnungspunkt war die Änderung der Geschäftsordnung. Diese war durch eine Ende 2025 in Kraft getretene Gesetzesänderung des Bundesbaugesetzbuches im Rahmen des sogenannten durch den Bund initiierten „Bauturbo“ nötig. Hier wird es den Gemeinden ermöglicht, durch die Abgabe einer Zustimmungserteilung Vorhaben zuzustimmen, auch wenn die Voraussetzungen für die Erteilung des gemeindlichen Einvernehmens gemäß § 36 BauGB nicht vorliegen würden. Der „Bauturbo“ gilt seit 1. Januar 2026 und hat die Beschleunigung von Bauverfahren zum Ziel. Kommunale und bauplanerische Steuerungsmöglichkeiten können eingeschränkt werden, wenn nicht durch die kommunalen Gremien „gegengesteuert“ wird. Im Prinzip sind Abweichungen von Festsetzungen des Wohnungsbaus möglich. Gemeinden haben nur drei Monate Zeit, um Stellung zu Bauanträgen zu nehmen. Erfolgt die Stellungnahme nicht, gilt das gemeindliche Einvernehmen nach drei Monaten automatisch als erteilt.

Genau hier sehe ich Risiken und sprach mich für Leitlinien aus, in denen z.B. unversiegelte Außenbereichsflächen für die Bebauung ausgeschlossen werden. Festlegen könnte man auch die maximale Anzahl der Geschosse und andere Dinge. Nur wenn die Leitlinien nicht eingehalten werden, sollte dem Bauausschuss der Sachverhalt zur Entscheidung vorgelegt werden. Anträge entsprechend der Leitlinien sollten als Angelegenheit der laufenden Verwaltung betrachtet werden. Kurz-

um, mit dem „Bauturbo“ tragen die Mitglieder im Bauausschuss ein Mehr an Verantwortung, denn deren Entscheidung kann nicht mehr durch eine Bauaufsichtsbehörde auf Kreisebene korrigiert werden. Es muss also fachliche Kompetenz im Fachausschuss gebildet werden, damit keine willkürlichen Entscheidungen getroffen werden. In der Aufstellung von Richtlinien und damit mit der Befassung und Sensibilisierung zum Thema hätte man den Mitgliedern des Bauausschusses etwas Entscheidungshilfe zuführen können.

Leider traf mein Anliegen in einer kurzen, aber doch bemerkenswerten Diskussion auf entschiedene Ablehnung. Man brauche keine Leitlinien und damit neue bürokratische Zwänge (AfD). FDP war froh, wie der „Bauturbo“ ist und man freute sich endlich schneller bauen zu können. SPD sah keine Notwendigkeit, da in Saalfeld keine größeren Bauprojekte anstehen. Die CDU missverstand mich gar und unterstellte, ich wolle der Verwaltung die Entscheidungen übertragen. Nun, in Saalfeld gibt es keinen Stau von Bauanträgen. Antragsteller haben natürlich kein Mehr an Bürokratie. Die Verwaltung erklärt den Ausschussmitgliedern die Sachlage jeweils fachlich kompetent und auch so, dass sie für die Kommunalpolitiker nachvollziehbar ist. Der Respekt vor dem Mehr an Verantwortung, welches auf die Ehrenamtlichen im Stadtrat übertragen wird, veranlasste mich zu meinem Vorschlag, Leitlinien zum „Bauturbo“ aufzustellen. Der Bauturbo gilt innerstädtisch bis 2030, also auch für die Mitglieder des Stadtrates der folgenden Wahlperiode. Erinnerung mich an meine Anfangszeit im Bauausschuss 2019 und den schwierigen Einstieg in die Materie, bin ich der Verwaltung dankbar für geduldiges Erklären sowie die kompetenten Zuarbeiten des berufenen Bürgers Herrn Blaschke. Befremdlich empfand ich die Diskussion zu meinem Anliegen im Stadtrat. Nicht wegen der fehlenden Mehrheitsfähigkeit, wohl aber dem „Abbügeln“ ohne sich ernsthaft mit den Risiken des „Bauturbos“ befassen zu wollen. Der kurzen Diskussion folgten auch gleich drei Bauvoranfragen, die nach dem „Bauturbo“ entschieden

wurden. Es werden die letzten im Stadtrat sein, denn mit der Änderung der Geschäftsordnung erfolgt die Behandlung im Bauausschuss.

Gegen Ende der Sitzung gab es in der aktuellen Stunde noch eine ungewohnt laute Diskussion. Lisa Püchler (SPD) verlas eine Erklärung, in der sie die rechten Hakenkreuzschmierereien in Saalfeld und den Brandanschlag auf das Haus am Schlossberg verurteilte.

Der Bürgermeister informierte anschließend über die Antwort der Stadtverwaltung auf eine Anfrage der AfD zum Haus am Schlossberg. Die AfD sorgte sich um den dortigen Brandschutz und wollte in Erfahrung bringen, wie es um diesen im Haus bestellt ist, ob die Stadt Eigentümerin des Hauses ist oder – wenn nicht – durch wen welche Versicherungen bei welcher Gesellschaft abgeschlossen worden seien und ob städtische Gelder zum Betrieb des Hauses fließen. Die Antwort dürfte etwas ernüchternd für die AfD gewesen sein. Das Haus befindet sich nicht im städtischen Eigentum. Aus datenschutzrechtlichen Gründen kann der Eigentümer nicht benannt werden. Auskunftgeber hierzu ist das Landratsamt. Das Haus belastet nicht den städtischen Haushalt. Es fließt also kein Geld. Da das Haus kein öffentliches Gebäude ist, gelten hierfür nicht die üblichen Brandschutzbestimmungen und die Stadt ist nicht für die Kontrolle zuständig.

Natürlich gibt es Löschmittel im Haus am Schlossberg, aber wo liegt der Hase im Pfeffer? Ich unterstelle der AfD, die Anfrage hatte zum Ziel das Haus unter dem Deckmantel des Brandschutzes in finanzielle Nöte zu bringen bzw. die Möglichkeit der behördlichen Schließung zu eruiieren. Sie bezeichnete das Haus als Bruchbude und Schandbild für Saalfeld. Eirik Otto (CDU) entlarvte emotional das Anliegen und bezweifelte die Ernsthaftigkeit der Sorge um die Nutzer des Hauses. Frau Nethel (AfD) verunglimpfte noch das Klubhaus und meinte die dortigen Hakenkreuzschmierereien würden bei der Außenfassade gar nicht auffallen. Man möchte ihr eine Bildungsreise zum Weimarer Ettersberg empfehlen.

Sven Kurzhauer

Gedenken an die Opfer des Euthanasie-Programms T4 der Nazis

Am 18. Januar 2026 versammelten sich Genoss:innen und Sympathisanten in Rudolstadt-Cumbach, um der Opfer der Euthanasie zu gedenken. In einer kleinen Gedenkstunde wurde der 126 Insassen des Versorgungshauses Rudolstadt-Cumbach gedacht, die im Jahr 1940 im Rahmen des grausamen Euthanasie-Programms Aktion T4 in Pirna-Sonnenstein ermordet wurden.

Aktion T4, eine nach 1945 gebräuchliche Bezeichnung, steht für den systematischen Massenmord an mehr als 70.000 Menschen mit körperlichen, geistigen und seelischen Behinderungen sowie psychischen Erkrankungen innerhalb des Deutschen Reiches. Diese Mordaktionen, die von 1940 bis 1941 stattfanden, wurden unter der Leitung der Zentraldienststelle T4 koordiniert und sind Teil der Krankenmorde während des Nationalsozialismus, bei denen bis 1945 über 200.000 Menschen ihr Leben verloren.

Die Tötungsanstalt Pirna-Sonnenstein, gelegen in der ehemaligen Festung Schloss Sonnenstein, wurde von den Nationalsozialisten genutzt, um in den Jahren 1940 und 1941 mindestens 14.751 Menschen zu ermorden. Unter den Opfern waren überwiegend psychisch Kranke und geistig Behinderte, aber auch Häftlinge aus Konzentrationslagern. Diese Verbrechen geschahen unter dem euphemistischen Begriff „Euthanasie“, im Rahmen einer zentral koordinierten und geheimen Aktion zur „Vernichtung lebensunwerten Lebens“.

Auch in Bad Blankenburg gab es tragische Opfer des Euthanasie-Programms. Im Anna-Luisen-Stift erinnert eine Inschrift auf der Gedenktafel an die schrecklichen Ereignisse dort:

Was ihr getan habt einem von diesen meinen Geringsten, das habt ihr mir getan. (Matthäus 25/40).

In diesem Haus der Diakonie lebten Kinder und Jugendliche mit unterschiedlichen Behinderungen, denen bis 1945 Entsetzliches durch Verantwortliche des Stiftes angetan wurde. Sie litten unter mangelhafter Pflege und Ernährung, wurden eingesperrt, vernachlässigt, erniedrigt, mißhandelt und gequält. 24 von ihnen fielen dem Euthanasieprogramm der Nazis in Stadtro-

da zum Opfer, eine viel größere Zahl wurde im Anna-Luisen-Stift umgebracht. Wir trauern um die Kinder und Jugendlichen, denen das Recht auf Leben genommen wurde. Herr, vergib uns unsere Schuld!

Dass so etwas wieder passieren kann, zeigen die Äußerungen von Frau Schröder.

Ex-Familienministerin Kristina Schröder stellt in ihrer Welt-Kolumne „Was wir uns zukünftig nicht mehr leisten können“ staatliche Leistungen für Menschen mit Behinderung infrage. Sie spricht von „steigenden Kosten“ und problematisiert insbesondere Unterstützungsangebote, die vor allem psychisch kranken Menschen gesellschaftliche Teilhabe ermöglichen.

Diese Argumentationslinie ist gefährlich. Denn genau mit solchen Grundgedanken begann in der NS-Zeit die systematische Ausgrenzung und schließlich die Ermordung behinderter Menschen: Erst wurden sie als „Kostenfaktor“ betrachtet, dann als „Belastung“, schließlich als „verzichtbar“.

Niemand behauptet, Frau Schröder wolle solche Verbrechen relativieren – aber Sprache und Denkweise sind nicht unschuldig. Wer Grundrechte gegen Haushaltszahlen aufrechnet, verschiebt moralische Grenzen.

Hier werden Menschenrechte zu einem Luxusgut erklärt, das man sich angeblich nur in wirtschaftlich guten Zeiten leisten könne. Doch die Würde des Menschen ist unantastbar – nicht, solange sie finanzierbar ist, sondern immer. Teilhabe, Assistenz und Betreuung sind keine Sonderausgaben für eine Minderheit, sondern Ausdruck eines solidarischen Rechtsstaates.

Solche Kolumnen erzeugen ein gesellschaftliches Klima, das mit der Lebensrealität von Menschen mit Behinderung nichts zu tun hat. Sie ignorieren, dass Unterstützung nicht „kostet“, sondern ermöglicht: Selbstbestimmung, Bildung, Arbeit, soziale Teilhabe. Eine Gesellschaft zeigt ihre Stärke nicht darin, wen sie aussortiert, sondern wen sie schützt.

Daniel Starost



Fotos: Paul



Zum Tod von Rolf Becker

Neues vom Neumitglieder-treffen

(irgendein Tag im Winter)

Ein paar langjährige Mitglieder bereiteten im Haskala alles vor und die Neumitglieder trudelten etwas abgehetzt, aber äußerst glücklich von der erfolgreichen Demo (nach dem Brandanschlag auf das Haus am Schlossberg) kommend ein. Auch zwei Interessierte, aber noch nicht ganz entschlossene waren mit von der Partie und machten sich ein Bild von uns. Vielleicht erhalten unsere Reihen demnächst erneut Zuwachs. Im Stuhlkreis begann das Treffen mit der obligatorischen Vorstellungsrunde. Diesmal ohne Lieblingstier, dafür aber mit der Frage, was einen persönlich zum Parteibeitritt bewegt hat. Genauso vielfältig wie wir sind, waren auch die Antworten der Anwesenden. Interessant war auch, dass zwei anwesende Neumitglieder bereits in den Kreisvorstand gewählt worden waren oder, um es mit Birgits Worten zusammenzufassen: „Bei uns hat man gute Aufstiegschancen.“ Nach einer kurzen Pause, um den persönlichen Süchten zu huldigen, wurden die AGs und das ATLAS-Programm noch einmal vorgestellt und beworben. Nach knapp anderthalb Stunden endete das Treffen etwas früher als gedacht.

Benjamin

Es war der 9. Januar 2010, Berlin, die Rosa-Luxemburg-Konferenz der Jungen Welt fand statt, ich traf mich mit einer befreundeten Genossin aus einem „alten“ Bundesland beim Kaffee und sie fragte mich, ob ich den Kollegen kenne, der da drei Tische weiter sitzt. Ich staunte nicht schlecht! Der Kollege war mir aus dem Fernsehen sehr gut bekannt: Rolf Becker. Die Genossin erzählte mir von Beckers politischem Engagement und später erlebte ich seinen Konferenzbeitrag. Er berichtete von Mumia Abu Jamal, dem seit 1982 inhaftierten Black Panther, den er in der Todeszelle besucht und drei Stunden mit ihm gesprochen hatte. (Mumia ist noch heute inhaftiert.)

Rolf Becker hatte den Zweiten Weltkrieg als Kind miterlebt und seinen Vater in diesem verloren. Er war überzeugter Pazifist und Antifaschist. Über Jahrzehnte hinweg engagierte er sich in der Gewerkschaft ver.di und war bekannt dafür, sich aktiv mit Streikenden zu solidarisieren – ob am Hamburger Hafen oder im Gesundheitswesen. Für ihn endete die Solidarität nicht an der

Bühnenkante. Man traf ihn regelmäßig auf Demonstrationen gegen Aufrüstung und gegen soziale Kälte. Sein Einsatz gegen das Vergessen der NS-Gräueltaten und seine Unterstützung für die Rechte von Minderheiten machten ihn zu einem geschätzten Partner von Organisationen wie Amnesty International und verschiedenen Friedensinitiativen.

Er engagierte sich auch an der Seite der 2021 verstorbenen Holocaustüberlebenden Esther Bejarano gegen Faschismus.

Am 12. Dezember 2025 ist Rolf Becker im Alter von 90 Jahren gestorben.

Auf der Trauerfeier in der Hamburger Dreieinigkeitskirche kommen Freunde, Genossen, Kollegen und Gewerkschafter zu Wort. Und der Verstorbene selbst lässt der anwesenden Ratsvorsitzenden der EKD durch die Pastorin mitteilen, dass er die neue Denkschrift der evangelischen Kirche, mit der Militärdienst, Atomwaffenbesitz und Erstschlagsdrohung als neue Wehrtüchtigkeit propagiert werden, scharf ablehne. Dafür gibt es großen Beifall. Dem letz-



Foto: Rolf Becker 2012 • Gudrun Meyer via wikimedia commons • CC BY-SA 3.0

ten Applaus, zu dem die Urne aus der Kirche getragen wird, schickt er Rio Reisers Aufforderung hinterher, alles dafür zu geben, dass der Traum von einer besseren Welt Wirklichkeit wird.

Die Beisetzung der Urne im Friedhof Ohlsdorf auf dem Ehrenfeld für Verfolgte der Naziherrschaft wird durch einen Vertreter des Staatsschutzes beobachtet. Offensichtlich wirkt Rolf Becker über seinen Tod hinaus.

Birgit

* POLITISCHES FRAMING SPRACHE & BILDER IN DER POLITISCHEN ARBEIT *

18. April 2026
10 - 16 Uhr
Haskala
Saalstraße 38, Saalfeld

Wie können politische Ideen
so kommuniziert werden,
dass sie bei den Bürger:innen
wirklich ankommen?

In diesem Seminar geht es um die Hintergründe und die Bedeutung von politischem Framing – der Art und Weise, wie politische Themen sprachlich und visuell vermittelt werden.

Wie können politische Anliegen so formuliert werden, dass sie von den Menschen besser verstanden und langfristig unterstützt werden? Dabei geht es nicht um kurzfristige rhetorische Tricks, sondern um eine nachhaltige und klare Kommunikation unserer Ideale und Visionen für die Zukunft.

ROSA
LUXEMBURG
STIFTUNG
THÜRINGEN

Anmeldung bis 1. April:
thueringen@rosalux.org

Ziel des Seminars:

Verstehen, warum politische Botschaften unterschiedlich wahrgenommen werden

Lernen, wie man politische Themen verständlich und überzeugend vermittelt

Entwicklung langfristiger Kommunikationsstrategien, um breitere gesellschaftliche Unterstützung zu gewinnen

Trainer:innen:

Katharina Schlaack, examinierte Pädagogin, hat langjährige Erfahrung in sehr heterogenen Arbeitsfeldern und Zielgruppen.

Dr. Mattes Sarcander, Medienpädagoge, hat in seiner Dissertation das Framing nach Lakoff und Johnson für die Entwicklung einer Wirkungstheorie zur politischen Bildung mit Hilfe von Computerspielen verwendet.

Zusammen führen sie seit mehreren Jahren gemeinsam für diverse Zielgruppen Weiterbildungen im politischen Framing durch.

Anmeldung:

Bitte melde dich per E-Mail bis zum 01. April 2026 an: thueringen@rosalux.org.

Die Plätze sind auf 25 Personen begrenzt. Sollten diese ausgebucht sein, setzen wir Dich auf die Warteliste.

Für das Mittagessen wird es vegetarisch/vegane Küche geben. Solltest Du dabei was bevorzugen oder Allergien haben, teile uns das bitte auch mit.

Kinderbetreuung:

Für den Workshop bieten wir eine Kinderbetreuung an. Bitte teile uns bei der Anmeldung mit, ob du diese in Anspruch nehmen möchtest und in welchem Alter die Kinder sind. Für Rückfragen zur Kinderbetreuung (z.B. wer sie übernimmt) kannst du uns gern telefonisch oder per E-Mail kontaktieren.

Termine

So 08. März 2026

• Internationaler Frauentag

Do 12. März 2026 • 15.00 Uhr

Saalfeld, Weltladen

• Treff am Donnerstag

Sa 14. März 2026 • 10.00 Uhr

Saalfeld, Haskala

• Seminar "Antifa, ja klar!"*

Mi 18. März 2026 • 19.30 Uhr

• Linkstreff digital

Fr 20. März 2026 • 15.45 Uhr

Nordhalbkugel • astronomischer Frühlingsanfang (Frühlingsäquinoktium)

Mo 23. März 2026 • 18.00 Uhr

Bad Blankenburg, Büro

• Kreisvorstand hybrid (parteiöffentlich)

Mi 25. März 2026 • 18.30 Uhr

• BO-Mitglieder-Treffen

Stadtverband Saalfeld

Mi 01. Apr 2026 • 19.30 Uhr

• Linkstreff digital

Mo 06. Apr 2026 • 12.00 Uhr

Saalfeld • Infostand

Do 09. Apr 2026 • 15.00 Uhr

Saalfeld, Weltladen

• Treff am Donnerstag

So 12. Apr 2026

Weimar, Mahn- und Gedenkstätte Buchenwald
• Gedenken zum 81. Jahrestag der Selbstbefreiung

* Anmeldung erforderlich

Zitat des Monats

»Ich bin nie für Geld gefahren, sondern nur aus Freude und für die Menschen.

Ich kann doch die Leute, die mir mit ihrer Arbeit das Sportlerleben ermöglichen, nicht enttäuschen und verraten.«

Täve Schur im Interview mit der Volksstimme. Er beging am 23. Februar 2026 seinen 95. Geburtstag



Foto: Chris

Treff am Donnerstag

Der Donnerstagstreff startete im neuen Jahr gut besucht und mit interessanten Diskussionen. Im Februar und März findet er jeweils am 12. Kalendertag statt – wie immer um 15 Uhr im Weltladen Saalfeld.

Natürlich gibt es wieder fair gehandelten Kaffee und Tee. Costa-Rica-Cola, Mate und Limo – alles fair gehandelt – werden auch gern getrunken. Plätzchen, Waffeln und Schokolade aus fairem Handel sind im Laden ebenfalls zu finden. Und diese leckere Schokolade, die auf der Schokoladenseite im Dezember-Heft angepriesen wurde...

Willkommen beim Treff am Donnerstag ist jede Genossin, jeder Genosse, jede Sympathisantin und jeder Sympathisant – egal, ob im [solid]-Alter, schon in Rente oder irgendwo dazwischen.

Übrigens ist der Laden barrierefrei, auch mit Rollatoren oder Rollstühlen ist die Teilnahme am Donnerstagstreff möglich...

Autor:innen gesucht!

Liebe mitlesende Entitäten, der Anstoß erscheint zur Zeit unregelmäßig, da die Redaktion aufgrund von Arbeitsbelastung nicht permanent in der Lage ist, selbst Inhalte zu generieren. Ihr wollt mehr Anstoß? Beteiligt euch, schreibt uns, schickt uns Bilder, Fotos, Rezepte, Ideen, Comics, Kritiken, Kaffee, Kuchen...

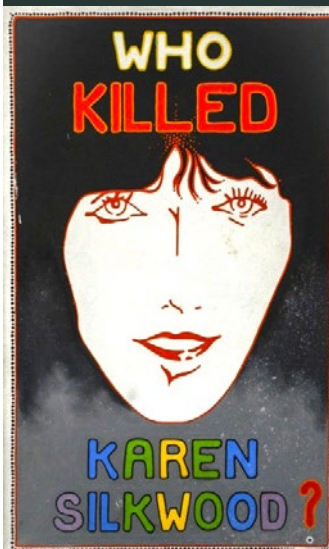


Foto: FastlyClone via wikimedia commons • CC BY-SA 3.0

19. Feb 1946

Karen Silkwood

Karen Silkwood wird am 19. Februar 1946 geboren.

Sie wird Chemietechnikerin und arbeitet in der Kerr-McGee-Plutonium-Aufbereitungsanlage in der Nähe von Crescent, Oklahoma.

Als Gewerkschaftsaktivistin wird sie durch ihren mutigen Einsatz gegen Sicherheitsmängel in der Atomindustrie zur Legende. Sie dokumentierte gefährliche Verstöße, die sowohl die Gesundheit der Belegschaft als auch die Qualität der produzierten Brennelemente bedrohten.

Im November 1974 wird sie unter mysteriösen Umständen selbst mehrfach massiv mit Plutonium kontaminiert. Sie selbst hält das für einen Einschüchterungsversuch durch das Unternehmen.

Nur wenige Tage später, am 13. November, kommt sie auf dem Weg zu einem Treffen mit einem Journalisten der New York Times bei einem Autounfall ums Leben. Da die belastenden Dokumente, die sie dem Journalisten übergeben wollte, spurlos aus dem Wrack verschwunden und Spuren am Fahrzeug auf Fremdeinwirkung hindeuten, halten sich hartnäckig Gerüchte über ein Attentat. Ihr Tod führt letztlich zur Schließung der Anlage und macht sie zu einer Ikone des Whistleblowings.

Nach dem Tod von Karen Silkwood und dem anschließenden Rechtsstreit wurden die Sicherheits- und Haftungsregeln in der US-Atomindustrie deutlich verschärft.

Ihre Geschichte bleibt auch durch den Film Silkwood mit Meryl Streep unvergessen.



Foto: Jigphoto via wikimedia commons • CC BY-SA 4.0

9. Jan 1941
Joan Baez

Joan Baez wird am 9. Januar 1941 in Staten Island, New York, geboren. Ihre Eltern sind Quäker, so dass Pazifismus und soziale Verantwortung die Erziehung prägen. Ihr Vater, ein Physiker, weigert sich aus Gewissensgründen, an der Entwicklung von Waffen mitzuwirken, was Joan als moralischen Kompass für ihr eigenes Leben übernimmt.

In den frühen 1960er Jahren steigt Joan Baez mit ihrer glasklaren Sopranstimme zur unangefochtenen Königin der Folk-Musik auf. Doch sie begnügt sich nie mit der Rolle der reinen Unterhalterin. Für sie ist Musik ein Werkzeug des Widerstands. Unvergessen bleibt ihr Auftritt beim „Marsch auf Washington“ 1963, wo sie an der Seite von Martin Luther King Jr. „We Shall Overcome“ singt und damit die Hymne der Bürgerrechtsbewegung mitprägt. Ihr politisches Engagement ist dabei oft radikal: Sie verweigert Steuerzahlungen für das Militär, sitzt wegen ihres Protests gegen den Vietnamkrieg im Gefängnis und reist nach Hanoi mitten in den Bombenhagel, um ein Zeichen für den Frieden zu setzen.

Eng verbunden mit ihrem künstlerischen Weg ist Bob Dylan. Baez erkennt das Genie des noch unbekannteren Musikers schon früh, fördert ihn und nimmt ihn mit auf ihre Tourneen. Die komplexe Beziehung der beiden prägt die Popkultur dieser Jahre und findet später in ihrem berühmtesten eigenen Song, dem wehmütigen „Diamonds & Rust“, ihren musikalischen Niederschlag. Während Dylan sich künstlerisch wandelt, bleibt Baez ihren Wurzeln und ihrem Aktivismus treu, widmet sich jedoch auch Genres wie Country und Pop.

Auch in den späteren Phasen ihrer Karriere, die mehr als sechs Jahrzehnte umspannt, bleibt sie eine moralische Instanz. Ob sie sich für die Rechte der LGBTQ+-Gemeinschaft einsetzt, die Todesstrafe bekämpft oder Organisationen wie Amnesty International unterstützt – Baez' Stimme bleibt laut, wenn es um Ungerechtigkeit geht.

2017 wird ihr herausragendes Engagement mit der Aufnahme in die Rock and Roll Hall of Fame gewürdigt.

Nach ihrer großen Abschiedstournee im Jahr 2019 und ihrem letzten Studioalbum „Whistle Down the Wind“ zieht sich die Künstlerin weitgehend von der Bühne zurück, widmet sich in Kalifornien vor allem der Malerei, wobei ihre Porträts oft Menschen zeigen, die sich ebenfalls für soziale Veränderung einsetzen. Joan Baez bleibt das lebende Beispiel dafür, dass Kunst und politisches Gewissen untrennbar miteinander verbunden sein können.

Aus aktuellem Anlass kehrt sie ins Rampenlicht zurück. „Jeden Tag passiert etwas Schlimmeres als am Tag zuvor, ein schreckliches Szenario.“ und „Wir werden von einem Haufen wirklich inkompetenter Milliardäre regiert.“ sagt Baez unlängst in Interviews. Die US-Demokratie gehe „in Flammen auf“. Ihre Wut auf Trump treibt Joan Baez wieder zum Protest: Sie singt auf Demonstrationen, schreibt ein Gedicht und plant neue Protest-Musik.

IBAN: DE67 8305 0303 0000 4500 22

Die Linke Saalfeld-Rudolstadt

Spenden

Die Linke hat als einzige im Bundestag vertretene Partei internetspenden aus Wirtschaft, von Unternehmen und Konzernen angenommen. Politik darf nicht käuflich sein!



Foto: Doris

Selbstgemacht: Nelken zum Frauentag